

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 02.07.2009 um 18.45 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Günther

Stadtrat Lorenz

Stadtrat May

Stadtrat E. Müller

Stadtrat M. Müller (ohne Ziffer 4)

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt (ohne Ziffern 1 und 2, sowie Ziffer 6 und 8)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser

Stadtrat Rank

Stadträtin Schwab

Stadtrat Stiller

Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ohne Ziffer 4)

Stadträtin Glos

Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Bürgermeisterin Regan

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sichershausen)

Herr Pfrezinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Groß

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner

Frau Noormann (bis Ziffer 5)

Stadtplaner Neumann

Dipl. – Ing. Wirth, arc.grün (bis Ziffer 2)

Herr Haupt (bis Ziffer 2)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Ferenczy

Stadträtin Stocker

Stadtrat Heisel
Stadtrat Sycha
Stadtrat Haag
Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Oberbürgermeister Müller fragt nach, ob es Einwände gegen die Tagesordnung gebe.

2. Bürgermeister Christof stellt dar, dass aufgrund der Fülle der Tagesordnung manche Punkte nicht behandelt werden könnten und bittet um eine Prioritätensetzung. Er bezieht sich vor allem auf die Neugestaltung der Mainpromenade und verweist auf eine nötige vorherige nichtöffentliche Diskussion, bevor die Vorstellung und die Entscheidung in der öffentlichen Sitzung erfolge. Darüber hinaus sei das Lichtkonzept, so wie es in der Sitzungsvorlage beschrieben ist, noch nie im Stadtrat vorbesprochen worden.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die nichtöffentliche Behandlung losgelöst von der öffentlichen Beratung betrachtet werden müsste.

Im Folgenden möchte Oberbürgermeister Müller die Sitzungsvorlage um die Ziffern 4a und 4b (alternative Beschlussfassung Lichtkonzept) ergänzen, woraufhin Stadträtin Richter den Antrag zur Geschäftsordnung stellt, den Punkt abzusetzen und einen neuen, vollständigen Beschlussentwurf zur Sitzung des Stadtrates am 23.07.2009 vorzulegen. Oberbürgermeister Müller bittet, nachdem die Fachplaner anwesend seien und eine Präsentation mit möglichen Kosteneinsparungen vorbereitet haben, dass zumindest die Vorstellung zur Kenntnis genommen werde.

Hiermit besteht Einverständnis.

Weiterhin vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Stadträtin Schwab den Antrag die Ziffer 4 der Tagesordnung „Grundsatzentscheidung zur Weiterverfolgung des Projektes der Errichtung eines Hotels am Main“ abzusetzen, nachdem der Bauvorbescheid im Jahr 2008 abgelaufen sei und die CSU deshalb keine Notwendigkeit in der Behandlung dieser Angelegenheit sehe. Oberbürgermeister Müller nimmt aufgrund möglicher Diskussionen diesen Punkt von der Tagesordnung.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

1. Neugestaltung der Mainpromenade, Bauabschnitt 2:

Beschlussvorlage Entwurfsplanung

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

A. Dipl. - Ing. Wirth geht ausführlich auf die bisherigen Beratungen und Beschlussfassungen hinsichtlich der Mainpromenade ein und stellt dar, wie sich die Kostenschätzung bis hin zur Kostenberechnung verändert hat. Gegenwärtig belaufen sich die Kosten inklusive aller Nebenkosten auf 1.443.000,00 €. Die Deckelung im städtisch Haushalt liegt bei 1.320.000,00 €. Die bisherigen Kostenschätzungen beliefen sich jeweils in diesem Rahmen. Bei der Kostenberechnung habe man festgestellt, dass die Kostengruppe 700 (Baunebenkosten) bei den Schätzungen nicht enthalten war. Aufgrund dieser Kostenmehrung hatte man den Auftrag, mögliche Einsparungsvarianten zu prüfen, auf die Dipl. – Ing. Wirth im Folgenden eingeht. Die wesentlichste Einsparung besteht darin, den Steg nördlich der Alten Mainbrücke durch eine Sitzbank als Brüstung zu ersetzen (Einsparung rd. 40.200,00 €). Darüber hinaus könnte die gleiche Brüstung an-

statt der Stufen am mittleren Mainfenster verwendet werden und die bestehende Treppenanlage (Sinkel) erhalten bleiben (Einsparung rd. 13.000,00 €), was er jedoch nicht befürworten würde. Außerdem besteht noch die Möglichkeit zu geringen Einsparungen durch Reduzierung von Bäumen (ca. 6.700,00 €), Verkleinerung des Pflanzenbeets (ca. 5.200,00 €) sowie Reduzierung der Sitzbänke (ca. 3.800,00 €). Bei Berücksichtigung aller Einsparungen würden sich die Kosten auf 1.367.712,00 € reduzieren. Aus planerischer Sicht könnte er lediglich die geringfügigen Reduzierungen sowie die Änderung des Stegs in die Sitzbank vertreten, jedoch unter Berücksichtigung eines Lichtkonzeptes, wobei nochmals 37.000,00 € hinzukommen würden. Auf die Frage welchen Qualitätsstandard man bei der Reduzierung erhalte, antwortet er, dass man von sehr gut auf gut zurückfahren würde, gleichwohl sei die Sitzbank anstatt des Stegs ein Qualitätsverlust.

Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent ist der Auffassung, dass man die bestehende Planung bei dieser geringfügigen Erhöhung beibehalten und nicht an der renommiertesten Seite der Stadt reduzieren sollte. Er spricht sich darüber hinaus für die Erstellung des Lichtkonzeptes aus.

2. Bürgermeister Christof verweist auf die Deckelung des Stadtrates und spricht seinen Unmut dahingehend aus, dass nun durch Reduzierung der Standards der Ansatz eingehalten werden sollte. Nur aufgrund eines Berechnungsfehlers soll nun die Stadt die Mehrkosten in Kauf nehmen, um den gewünschten Standard zu erhalten. Seiner Auffassung nach sollte die angebotene Leistung auch zu den ursprünglichen Kostenausagen verlangt werden. Er habe Bedenken, dass man in Zukunft stets nachträgliche Kostenerhöhungen zustimme bzw. auch andere Firmen dies für sich beanspruchen könnten.

Stadträtin Richter weist darauf hin, dass das Konzept zwar sehr ansprechend sei, jedoch der Stadtrat eine Deckelung im Haushalt vorgenommen habe. Diesen Ansatz sollte man auch mit Blick auf die Haushaltssituation einhalten, nachdem bei einer Erhöhung auch die Anliegerbeiträge steigen würden.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Vorstellung, die möglichen Kosteneinsparungen sowie die Versäumnisse, die in diesem Zusammenhang entstanden sind.

2. Bürgermeister Christof stellt den Antrag, die Entscheidung nach nochmaliger Beratung in den Fraktionen und Gruppen in den Stadtrat am 23.07.2009 zu vertagen.

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Zeitplan auch mit Blick auf das Weinfest, worauf Dipl. – Ing. Wirth konkretisiert, dass bei einer Entscheidung am 23.07.2009 zunächst die Ausschreibung vorbereitet werde und der Zuschussantrag erst im Herbst gestellt werden könne. Insoweit würde sich die Maßnahme nach hinten verschieben.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung des Antrages.

B. Mit 13 : 10 Stimmen

Es besteht Einverständnis, die Entscheidung hinsichtlich der Mainpromenade in der Stadtratssitzung am 23.07.2009 zu treffen.

2. Umgestaltung Mainpromenade, 2.BA:

hier: Erlass einer Sondersatzung zur Straßenausbaubeitragssatzung

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

- A. 2. Bürgermeister Christof gibt zu Protokoll, dass er dagegen stimmen werde, weil er keine Verbesserung für die Anwohner erkenne auch wenn die Umgestaltung im öffentlichen Interesse liege und deshalb die Sondersatzung möglich war. Er gibt zu Bedenken, dass die Anwohner beim 2. Bauabschnitt (Schrankenstraße) ebenfalls in vollem Umfang zur Beitragspflicht herangezogen werden.

B. Mit 21 : 2 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Auf Grund des Art. 5 Kommunalabgabengesetz (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 04. April 1993 (GVBl S. 264) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Kommunalrechts vom 26.07.2004 (GVBl. S. 272) erlässt die Stadt Kitzingen folgende

Satzung
zur Abrechnung der Straßenausbaukosten der Maßnahme
„Umgestaltung Mainpromenade, 2.BA“
(Sondersatzung Umgestaltung Mainpromenade, 2.BA)

§ 1

Für die Abrechnung der Straßenausbaukosten der Maßnahme „Umgestaltung Mainpromenade, 2.BA“ wird die Eigenbeteiligung der Stadt abweichend von § 7 Abs. 2 der Straßenausbaubeitragsatzung der Stadt Kitzingen vom 11.07.2007 auf 80 % festgesetzt, da der satzungsgemäße städtische Anteil von 30 % den Vorteilen der Allgemeinheit, die sich aus der Maßnahme ergeben, nicht gerecht wird.

§ 2

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

3. Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Kitzingen 2008 – 2014

- A. Oberrechtsrätin Schmöger geht kurz auf den Sachvortrag ein und stellt dar, dass die vorliegende Geschäftsordnung das Ergebnis der umfassenden Beratungen aus den Sitzungen vom 10.02., 10.03., sowie 18.06.2009 sei. Nach heutiger Beschlussfassung werde die Geschäftsordnung am 01.08.2009 in Kraft treten.
Stadtrat Weiglein gibt zu Protokoll, dass die CSU dagegenstimmen werde, weil die Regelung des § 13 Abs. 1 Nr. 4a, Ziffer 2 (Zuständigkeit des Oberbürgermeisters bei Bauangelegenheiten) zu weit gefasst sei. Er spricht seinen Unmut darüber aus, dass lange Zeit Vorschläge eingebracht werden konnten und diese Änderung auf kurzfristigen Antrag der UsW am 18.06.2009 beschlossen wurde.
Bürgermeister Christof gibt zu Protokoll, dass die KIK ebenfalls dagegenstimmen werde, nachdem den Ortsprechern kein umfassendes Rederecht eingeräumt wurde und die Regelungen hinsichtlich der Niederschrift (Erstellung, Genehmigung) zu weich formuliert seien.
Stadträtin Kahnt gibt zu Protokoll, dass die SPD ebenfalls aufgrund der Regelung des § 13 Abs. 1 Nr. 4a, Ziffer 2 dagegenstimmen werde.
Stadträtin Schmidt gibt zu Protokoll, dass die ödp dagegenstimmt, nachdem die Vorschläge der Verwaltung, durch die Geschäftsordnung die Sitzungsführung zu straffen, seitens des Gremium keine Zustimmung fanden.

B. Mit 11 : 13 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
 2. Der Stadtrat beschließt die als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügte Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Kitzingen 2008 – 2014 (Bearbeitungsstand: 26.06.2009).
- C. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass die Geschäftsordnung ablehnt wurde und somit die alte Fassung weiterhin bestand habe. Er verweist auf den Zeitaufwand, den

vor allem die Verwaltung und aber auch der Stadtrat mit der Erstellung der Geschäftsordnung beschäftigt war. Es sei beschämend, dass ein solches Abstimmungsverhalten zustandengekommen sei, obwohl in drei Sitzungen die Geschäftsordnung vollumfänglich besprochen wurde. Abschließend weist er darauf hin, dass seitens der Verwaltung keine weiteren Vorschläge unterbreitet werden.

4. Übertragung der Wohnungsvergabe auf die Kitzinger Baugesellschaft mbH

Mit 22 : 0 Stimmen

1. Die Stadt Kitzingen überträgt ab dem 01. Juli 2009 der Kitzinger Baugesellschaft mbH die Vergabe des gesamten Wohnungsbestandes der Stadt und der BauGmbH.
2. Das bisherige Punktesystem zur Wohnungsvergabe wird aufgehoben.
3. Die Vergabe erfolgt unter Berücksichtigung sozialer Kriterien, der Mieterstruktur des jeweiligen Objektes und den Erfordernissen des örtlichen Wohnungsmarktes.
4. Das Belegungsrecht für die Wohnungen der GBW Franken Würzburg wird zurückgegeben.
5. Es werden der Stadt Kitzingen durch die Kitzinger Baugesellschaft mbH keine zusätzlichen Kosten in Rechnung gestellt.

5. Grundlagen und Handlungsempfehlung einer Wohnungsmarktanalyse für die Stadt Kitzingen

- A. Frau Noormann, Stabstelle des Oberbürgermeister geht zunächst ausführlich auf die bestehenden Wohnungen in der Gesamtstadt (10.190) den einzelnen Leerständen (3 – 4 % in der Gesamtstadt, 745 in der Altstadt, 30 % in den Stadtteilen), den Baulandreserven der drei Baugebiete (30.028 qm) sowie den Bauflächenreserven von Kitzingen insgesamt (1.181.427 qm) ein. Darüber hinaus stellt sie die Flächenpotenziale der Konversionsflächen dar und stellt in Frage, ob bei dieser Anzahl ein Bedarf gesehen werden könnte. Eine Wohnungsmarktanalyse ist sinnvoll, nachdem der tatsächliche und prognostizierte Bedarf an Wohnfläche nur über eine fundierte Analyse erfolgen kann, wissenschaftlich analysierte Handlungsempfehlungen für die Stadt Kitzingen zur Fortschreibung des ISEK gegeben werden müssen und sie die Grundlage für eine Kitzinger Wohnungspolitik ist. Ziel der Analyse ist es, ein nachhaltiges Gesamtkonzept zu entwickeln zur Abkehr von Einzel- bzw. Insellösungen sowie die Konkurrenzsituation zwischen Wohnstandorten und Baulandausweisungen im Stadtgebiet und auf den Konversionsflächen zu entkräften. Nachdem in ferner Zukunft (15 bis 20 Jahre) ein Bedarf gesehen werde, sei ein vorausschauendes Handeln nötig.
- Stadtrat Schmidt als Referent für Wirtschaft und Konversion spricht sich für die Erstellung aus.
- Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent spricht sich dagegen aus, nachdem er dieses Papier für eine weitere Analyse ansehe, das nicht umgesetzt bzw. angewandt werde.

B. Ohne Abstimmung

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

6. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2003 - 2006;
TZ 1.15 Dienstanweisung für das Finanz- und Kassenwesen

Mit 23 : 0 Stimmen

- 1) Mit der vom Rechnungsprüfungsausschuss befürworteten Sachbehandlung besteht Einverständnis.
- 2) Die Dienstanweisung für das Finanz- und Kassenwesen wird erst nach Einführung des OK-FIS und der Doppik erneuert.

7. Einführung der Doppik;
Vermögenserfassung – Vermögensbewertung

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

8. Öko-Konto; Sachstandsinformation

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Vorstellung in der Sitzung des Finanzausschusses vom 28.05.2009 und erklärt, dass die Stadt ausreichend Flächen für das Öko-Konto habe.

B. Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

9. Auftragsvergabe EDV – Reinvestition EDV-Raum Friedrich-Bernbeck-Schule

Ohne Abstimmung

Es wird zur Kenntnis genommen, dass in nichtöffentlicher Sitzung der Auftrag zur Reinvestition hinsichtlich des EDV-Raumes in der Friedrich-Bernbeck-Schule vergeben wurde.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.35 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer